

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachmittags um 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei den Postämtern 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,50 Mk., bei Vorbestellung 20% ermäßigt. Einzelnummern 5 Pfennig. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Hauptstadt Wilsdruff. Die Redaktion befindet sich in der Hauptstadt Wilsdruff. Die Druckerei befindet sich in der Hauptstadt Wilsdruff.

Einzelpreis: Die gespaltene Zeile 30 Goldpfennig, die ungespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 20 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Sonntags- und Feiertagsausgaben werden nach Möglichkeit besorgt. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Hauptstadt Wilsdruff. Die Redaktion befindet sich in der Hauptstadt Wilsdruff. Die Druckerei befindet sich in der Hauptstadt Wilsdruff.

Nr. 249. — 83 Jahrgang

Telegr.-Nr.: „Kantblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2660

Donnerstag, 23. Oktober 1924

Die Wahlfronten.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns zur Reichstagsauflösung aus Berlin geschrieben: Also doch! Im Ernst glaubte es kaum ein Abgeordneter, kaum ein Journalist, kaum einer von den Reumalkungen, die sich am Montag im Reichstage aufhielten, daß aufgelöst würde. Vier Wochen dauerte die Krise, und man hatte sich schon allmählich an diesen Zustand gewöhnt; es regte niemand mehr auf, wenn die widersprechendsten Fraktionsbeschlüsse laut wurden. Irgendwie, so war man überzeugt, würde die Sache, also die Neubildung des Kabinetts, schon geschoben werden. Man muß wirklich diesen süßen Ausdruck wählen, um das Hin und Her richtig zu bezeichnen.

Das Hin und Her — denn einmal wurde behauptet, das Kabinett sei einstimmig, also auch die beiden demokratischen Minister, für die Erweiterung der Koalition nach rechts. Im nächsten Augenblick das Gegenteil: auch Reichkanzler Marx sei dafür, der bei der Abstimmung seiner Fraktion dagegen gewesen war. Dagegen behauptet z. B. die Deutsche Tageszeitung: Marx sei stets innerlich Gegner der Erweiterung durch die Deutschnationalen gewesen. Die Zentrumspartei ist jedenfalls gespalten in ihrer Auffassung. Ein Teil wollte die Rechtskoalition auch ohne die Demokraten mitmachen. Aber der andere Flügel dieser Partei, der gegen die Erweiterung des Kabinetts nach rechts ist, hat eine viel stärkere Stellung. Eine Regierungskoalition von den Deutschnationalen bis zum Zentrum hätte parlamentarisch nur die Mehrheit von neun Stimmen gehabt, und alle Mitglieder der Fraktionen anwesend sind. Und dreizehn Mitglieder des Zentrums hatten sich in einer nicht voll beachteten Sitzung kürzlich gegen die Rechtskoalition ausgesprochen. Diese schon hätten also jederzeit das zu erwartende Ministerium führen können.

Bei dieser Sachlage hat auch der Reichspräsident es abgelehnt, einem auf so schwachen Füßen stehenden Rechtskabinett die Berufung zu geben, deren es bedürftig wäre.

Den letzten Nib taten die Demokraten dadurch, daß sie endgültig erklärten, sie wären unbedingt gegen die Zuziehung der Deutschnationalen aus innen- und außenpolitischen Gründen. Es sei auch nicht daran zu denken, daß die beiden demokratischen Minister etwa als Nachminister ohne Fraktionszwang in einem nach rechts erweiterten Kabinett bleiben dürften. Dieser Beschluß war zu erwarten, nachdem sich bei der Abstimmung des Zentrums für die Erweiterung herausgestellt hatte, daß, wie dargelegt, schon die ablehnende Minderheit tatsächlich entscheidend wirken konnte. Damit war der Versuch, die Deutschnationale Volkspartei mit in die Regierung zu bringen, was die Deutsche Volkspartei unbedingt herbeiführen wollte, bis auf weiteres, nämlich bis nach dem Wahltermin, gescheitert.

Es läßt sich heute nicht übersehen, was bei der Wahl herauskommen wird. Ob in Preußen, wo gleichzeitig mit den Reichstagswahlen die Landtagswahlen stattfinden sollen, eine Verschiebung nach rechts eintreten wird? Entsprechend der politischen Entwicklung seit den letzten Preußenwahlen im Jahre 1921? Aber auch das ist nicht einmal sicher. Jede Voraussage über das Wahlergebnis ist ein sehr gewagtes Unternehmen, weil ein Faktor in dieser Rechnung in seiner Größe und seinen Folgen ganz unbestimmbar ist: die Wahlmündigkeit. Wenn man überhaupt etwas voraussagen will, so ist es das, daß diesmal — in Oberschlesien haben wir das Beispiel — viele, viele Hunderttausend oder Millionen zu Hause bleiben werden. Überhaupt die Oberschlesier! Nun haben sie vor einem Monat gewählt, und es hatte gar keinen Zweck. Ob der Wahlkampf sehr aufregend wird, ist fraglich, denn die Parteien haben teils wenig, teils gar kein Geld. Und die Abgeordneten keine Freifahrt mehr auf der Eisenbahn, wie das noch bei den letzten Wahlen der Fall gewesen war. Und keine Diäten. Duzende von Reichstagsabgeordneten werden zunächst einmal Erwerbslosenunterstützung beantragen müssen, namentlich die Angehörigen jener Parteien, die kein Geld haben. Es ist bekannt, daß eine ganze Reihe von Abgeordneten nur von ihren Diäten lebten.

Und die Fronten? Deutschnationale und Deutsche Volkspartei, die sich bei den letzten Wahlen bekämpft haben, werden voraussichtlich jetzt Schulter an Schulter in den Wahlkampf gehen und nach zwei Richtungen kämpfen: gegen Zentrum und Demokratie auf der einen und gegen die Sozialdemokratie auf der andern Seite. Also äußerlich genommen sieht es aus wie im Wahlkampf 1920. Die bis nach den Wahlen im Amt bleibende Regierung aber setzt sich aus den im Gegensatz zueinander stehenden Parteien der Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten zusammen. Das ist das merkwürdigste in diesem Wahlkampf.

Marx über die Auflösung.

In einer Unterredung mit einem Vertreter des „T. V.“ sprach sich der Reichkanzler über seine Vermutungen, eine Erweiterung der Reichsregierung zwecks Verwirklichung einer sicheren Mehrheit im Reichstag zu schaffen. aus. Er sagte u. a.:

Reichstagsneuwahl am 7. Dezember.

Der Entschluß zur Auflösung.

Berlin, 21. Oktober.

Der Reichspräsident hat durch Verordnung vom heutigen Tage die Hauptwahlen zum Reichstag auf den 7. Dezember anberaumt.

Eine Kundgebung der Reichsregierung an das deutsche Volk!

Berlin, 21. Oktober. Die Reichsregierung wendet sich mit der folgenden Kundgebung an das deutsche Volk: „Nach kurzer Zeit steht das deutsche Volk wieder vor der Aufgabe, einen neuen Reichstag zu wählen. Im alten Reichstag hatte die Regierung keine feste arbeitsfähige Mehrheit. Die mannigfaltigsten ernstesten Bemühungen, eine solche zu schaffen, führten nicht zum Ziele. Letzten Endes scheiterten sie deshalb, weil die noch unter den Nachwirkungen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs gestählte Wahl vom 4. Mai die radikalen Elemente allzusehr gestärkt und dadurch eine aufbauende Arbeit der übrigen Parteien außerordentlich erschwert hatte. Das Wohl des deutschen Volkes fordert, daß dieser Mangel durch die Neuwahl beseitigt wird. Nachdem der Londoner Post angenommen und seine Durchführung bereits eingeleitet ist, muß die unter schweren Opfern, aber mit sichtbarem Erfolg geführte Politik der Regierung vorläufig fortgesetzt und für die Zukunft gesichert werden. Auch der wirtschaftliche Wiederaufbau hat eine ruhige Fortentwicklung der deutschen Politik nach außen und nach innen zur Voraussetzung. Sie ist aber nur dann gesichert, wenn sich alle am Wiederaufbau beteiligten Personen entschlossen auf den Boden der Verfassung stellen und diese gegen jegliche ungesetzmäßige Angriffe, gleich, von welcher Seite sie auch kommen mögen, verteidigen. In dem neuen Reichstag müssen die einigenden Kräfte stärker sein als die entweichenden. Die radikalen Elemente sollten durch die Neuwahlen ausgeschaltet werden. Ist es nicht eine Schande, daß der deutsche Reichstag mit polizeilicher Hilfe tagen muß und sich Extreme von links und rechts die Hand reichen, um diese Arbeit zu sabotieren? Soll das deutsche Volk im Innern weiter gesunden und soll nach außen die neu gewonnene Geltung erhalten und gewahrt werden, so muß die Regierung sich auf eine feste Mehrheit stützen können. Auch die Parteienzersetzung der letzten Wahl steht dem entgegen. Es dürfen nicht, wie am 4. Mai, nahezu eine Million Stimmen vergeblich abgegeben werden. Nicht in der Zerplitterung liegt das Heil, sondern im Streben zum Großen und zur Einheit. Möge sich das deutsche Volk von diesem Gesichtspunkte leiten lassen, wenn es bei der kommenden Wahl über seine Zukunft entscheidet.“

Berlin, 21. Oktober 1924.

Die Reichsregierung.“

Auflösung des sächsischen Landtages?

Aus Kreisen der bürgerlichen Parteien erfährt die „T.“, daß die Frage, ob es zu einer Auflösung des sächsischen Landtages kommt und die Landtagswahlen gleichzeitig mit den Reichstagswahlen vorgenommen werden könnten, heute noch nicht abschließend beantwortet werden kann. Nach Lage der Verhältnisse dürfte über diese Zusammenhänge erst dann Klarheit zu gewinnen sein, wenn das Ergebnis des Sozialdemokratischen Landesparteitages vom 26. Oktober vorliegt und die Stellung der sozialistischen Landtagsfraktion hierzu bekannt ist.

Nach den bekannten Vereinbarungen, die am Tage der Abstimmung über die Dawes-Gesetze zwischen Vertretern von Regierungsparteien und der Deutschnationalen Reichstagsfraktion getroffen worden waren, war, besonders nach Abhaltung des deutschnationalen Parteitagestages, die Frage der Regierungserweiterung dringend geworden. Wenn ich mich auch nicht auf den Standpunkt stellen konnte, daß schon jetzt für eine Regierungsumbildung zwingende sachliche Notwendigkeiten vorliegen, so konnte ich doch nicht verkennen, daß eine Verbreiterung der Regierungsbasis im Hinblick auf die erwähnten Vereinbarungen angestrebt werden mußte. Innen- und außenpolitische Erwägungen ließen es mir bedenklich erscheinen, die Verbreiterung der Regierungsgrundlage ausschließlich nach rechts hin zu versuchen, und ich glaubte, die Erweiterung der Reichsregierung am besten und innen- und außenpolitisch am erträglichsten durch die Einbeziehung der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen in die Regierungskoalition verwirklichen zu sollen.

Der Kanzler gibt dann einen Überblick über die Ereignisse. Von deutschnationaler Seite seien Forderungen erhoben worden, die von der Sozialdemokratie als nicht vereinbar mit dem Gedanken der erstrebten Volksgemeinschaft erachtet worden seien. Er selbst habe die Erweiterung nach rechts nach wie vor als bedenklich erachtet, trotzdem habe er den Versuch unternommen, die Deutschnationalen in die Regierung einzubeziehen, allerdings unter der Bedingung, daß die Demokratie mitzumachen. Diese hätten aber abgelehnt. Bei dieser Sachlage wurde der Hauptgrund, der für die Regierungserweiterung angeführt wurde, nämlich die Festigung der Regierungsmehrheit, hinsichtlich, umsomehr, als keineswegs sicher

Auch der Preuß. Landtag wird aufgelöst.

Berlin, 21. Oktober.

Der Astenrat des Preussischen Landtags trat zu einer Sitzung zusammen, um sich mit der durch die Reichstagsauflösung gegebenen Lage zu beschäftigen. Der Landtag soll aufgelöst werden, doch noch bis einen Tag vor dem Wahltermin als fortbestehend gelten. Der Wahltag soll der gleiche sein, wie der Tag der Reichstagswahl. Man will im Landtag noch den Haushalt verabschieden, voraussichtlich durch ein Notgesetz. Es muß auch die Entscheidung darüber fallen, ob an dem Wahltag zugleich auch die Wahl zu den Provinziallandtagen und zu den Kreisräten vorgenommen werden soll. Voraussichtlich wird das nicht möglich sein. Voraussichtlich werden nur noch einige Sitzungen abgehalten werden, in denen der Rest des Etats erledigt werden soll.

Zur Auflösung des Preussischen Landtages.

Berlin, 21. Oktober. Die Auflösung des Preussischen Landtages wird in der Weise vollzogen, daß der Landtag selbst eine entsprechende Beschlussempfehlung annimmt, die das Staatsministerium lediglich zu veröffentlichen hat.

Die Hessenwahlen gemeinsam mit den Reichstagswahlen.

Eigener Fernsprecheinst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Darmstadt, 22. Oktober. Wie die Tel.-Union erfährt, hat der Zweite Ausschuss des hessischen Landtages gestern nachmittags beschlossen, dem Landtag zu empfehlen, die hessischen Landtagswahlen, die ursprünglich auf den 16. November festgesetzt sind, auf den Tag der Reichstagswahlen zu verlegen. Es ist anzunehmen, daß das Plenum den Beschluß annehmen wird.

Wesjel geräumt.

Eigener Fernsprecheinst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 22. Oktober. Der „Lokalanzeiger“ meldet aus Wesjel: Die Belgier haben gestern abend 6.30 Uhr Wesjel verlassen und sind über die Lippe und Abbeinbrücke nach Bunderich abmarschiert. Der Abzug ist ohne jede Störung verlaufen.

Zuteilung der deutschen Anleihe in London

Eigener Fernsprecheinst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

London, 22. Oktober. Gestern sind die Zuteilungen auf die Zeichnungen der deutschen Anleihe erfolgt. Entgegen der bisherigen Gewohnheit der Bank von England bei der Behandlung der Ausgabe größerer Anleihen sind diesmal alle Zeichnungen unter 200 Pfund nicht berücksichtigt worden. Die geringste Zeichnung, welche Berücksichtigung fand, war 300 Pfund. Diese Zeichner erhalten 100 Pfund und die Zeichner von 1000 bis 2000 Pfund erhalten 200 Pfund. Nur die größeren Zeichnungen werden zu 7% über Ausgabekurs gehandelt.

Die Türkei mobilisiert.

Eigener Fernsprecheinst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Mailand, 22. Oktober. Mailänder Blätter melden aus Triest, daß die Regierung von Angora die Mobilisation sämtlicher Jahrgänge angeordnet hat. Einige türkische Offiziere, die sich in Belgrad aufhielten, wurden telegraphisch zurückgerufen. Man rechnet damit, daß sich im Falle eines englisch-türkischen Konflikts auch Rußland auf die Seite der Türkei stellen wird.

war, daß auch in den anderen Parteien, auf die eine nach rechts erweiterte Regierung zu zählen gezwungen war, der Regierung in jedem Fall und gerade bei den wichtigsten Entscheidungen restlos alle Stimmen zusagen würden, zumal von den Deutschnationalen Männer, die gegen die Dawes-Gesetze gestimmt hatten, in die Regierung hinein müßten, wenn das Kabinett tragfähig sein sollte. Unter diesen Umständen brach sich immer stärker und immer allgemeiner die Erkenntnis Bahn, daß die Bildung einer sicheren Regierungsmehrheit im Reichstage nicht möglich war und daß alles weitere Bemühen der Reichsregierung, eine Reichstagsmehrheit zu schaffen, innen- und außenpolitisch unerträglich würde. Deshalb habe sich im Reichskabinett die Überzeugung von der Notwendigkeit der Auflösung durchgesetzt.

Der Reichkanzler schließt, indem er die Überzeugung ausdrückt, daß jede Partei sich bei den Auseinandersetzungen über die Regierungsombildung von vaterländischen Gesichtspunkten hat leiten lassen, und es sei weniger Schuld der Parteien, daß im Reichstag keine regierungsfähige Mehrheit zustande komme, als Schuld des deutschen Volkes, das durch seine Parteienzerklüftung am 4. Mai d. J. im Reichstag Zustände geschaffen habe, die ein ersprieglisches Arbeiten unmöglich machten. In den Händen des deutschen Volkes liege nun wieder Deutschlands Schicksal, und von seiner Entscheidung werde es abhängen, ob die Politik der Reichsregierung, die Deutschland im letzten Jahr trotz allem vorangebracht hat, in Zukunft gesichert sein werde.